



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

1. Kapitel: Das Ministerium Poincaré

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79744)

1. Kapitel
Das Ministerium Poincaré

1. Kapitel
Das Ministerium Polonais

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 2

Paris, den 2./15. Januar 1912

Ich empfangen soeben den Besuch des H. Poincaré, des neuen Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern, der mich seiner festen Absicht versicherte, mit uns die aufrichtigsten Beziehungen zu unterhalten und die Außenpolitik Frankreichs im vollsten Einvernehmen mit seinem Verbündeten zu führen. Ich verhehlte H. Poincaré nicht, daß sein Vorgänger, H. Caillaux, in einzelnen Fragen, z. B. in der Sache des Syndikats der Vier, unsere Interessen nicht genügend berücksichtigt habe, und ich sprach ihm gegenüber die Hoffnung aus, daß diese Angelegenheiten unter seiner Leitung eine günstigere Wendung nehmen würden. Ich nahm gleichfalls die Gelegenheit wahr, ihm Ihren Vorschlag, dargelegt im Telegramm Nr. 2267, zur Kenntnis zu bringen. Er versprach mir, diesen Vorschlag zu prüfen, gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ein gemeinsamer Schritt Frankreichs und Deutschlands, gleich nach Unterzeichnung des Marokkoabkommens und nach den bekannten Zwischenfällen in der Kommission des Senats, falsche Vorstellungen über den Grad der französisch-deutschen politischen Annäherung und über eine Schwächung des Dreiverbandes erwecken könne. Ich werde voraussichtlich nächsten Mittwoch eine bestimmte Antwort erhalten, aber ich sehe voraus, daß man hier kaum dem besagten gemeinsamen Schritt zustimmen wird.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht

Paris, den 3./16. Januar 1912

Wie ich mich bereits in meinem vorigen Bericht äußerte, haben wir keinen Grund, den Fall des H. Caillaux zu bedauern. Wenn

auch die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen übertrieben sind, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß an der Spitze der französischen Regierung eine Person, die sich ausschließlich durch finanzielle Erwägungen und zuweilen auch durch rein eigennützig Motive leiten läßt, für uns sehr unerwünscht ist. Der Rücktritt des H. de Selves ist für uns ebenfalls eher günstig, denn trotz seiner persönlichen Eigenschaften und aufrichtigen Zuneigung für Rußland war es infolge seiner vollständigen Unkenntnis in den Fragen der auswärtigen Politik und seines Mangels an persönlicher Autorität sehr schwer, mit ihm die uns interessierenden Geschäfte zu führen. Was das neue Ministerium betrifft, das bereits den hoch klingenden Namen eines „nationalen“ erhalten hat, so haben auf die Bildung desselben besonders zwei Umstände eingewirkt: die durch die marokkanischen Verwicklungen herbeigeführte Hebung des französischen Nationalgefühls und die bei den letzten Senatswahlen hervorgetretene gemäßigte Stimmung des Landes. Während die beiden vorhergehenden Kabinette der Herren Monis und Caillaux einen scharf radikalen Anstrich trugen und sich hauptsächlich auf die extremen Parteien des Parlaments stützten, faßt das neue Ministerium die am meisten gemäßigten Elemente der republikanischen Mehrheit in sich. Das Bestreben des H. Poincaré, die konservativen Tendenzen zu befriedigen, ist schon in der Verteilung der Portefeuilles bemerkbar. Nachdem er sich die Beteiligung so hervorragender Männer wie Briand, Leon Bourgeois, Millerand und Delcassé gesichert hatte, übertrug er ihnen solche Ministerien, an deren Spitze sie sich nicht durch ihr früheres radikales Vorgehen gebunden fühlen werden. Als einziges, den Radikalen gemachtes Zugeständnis erscheint die Ernennung des H. Steeg, der unter Caillaux Unterrichtsminister war, zum Minister des Innern. Dieses Zugeständnis aber wird dadurch aufgewogen, daß dem H. Briand, der vor ungefähr einem Jahr von den extremen Fraktionen des Parlaments gestützt wurde, im neuen Kabinett die besondere Stellung eines Vizepräsidenten des Ministerrats gesichert wurde. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die erwähnten Minister, von denen jeder nach seiner politischen Bedeutung an der Spitze der Regierung stehen könnte, sich bereit finden, im Kabinett des H. Poincaré eine untergeordnete Stellung einzunehmen. Eine solche Zusammensetzung macht die neue Regierung außerordentlich stark und man vergleicht sie mit dem berühmten „großen“ Ministerium Gambettas. H. Poincaré selbst erfreut sich nicht nur des Rufes eines glänzenden Redners und Schriftstellers (er ist Mitglied der französischen Akademie), sondern auch eines im höchsten Grade ausgleichenden, gemäßigten und vernünftigen Politikers und Finanzmannes. Daß er das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hat, deutet darauf hin, daß er vor allem die Ratifikation des französisch-deutschen

Vertrages und den Abschluß des Vertrages mit Spanien schnell zu Ende führen will. Auf den Entschluß des H. Poincaré hat ohne Zweifel auch die Tatsache eingewirkt, daß die Ministerkrise dadurch herbeigeführt wurde, daß man H. Caillaux die Absicht beilegte, den Kurs der auswärtigen Politik Frankreichs zu ändern. Wie Ihnen aus meinem gestrigen Telegramm bekannt ist, beeilte sich H. Poincaré, am Tage seiner Ernennung, mich zu besuchen und mir seine Absicht auszudrücken, daß er seine Tätigkeit in vollem Einverständnis mit Rußland betreiben werde. Indem ich H. Poincaré für diese Erklärung dankte, sagte ich ihm, daß ich trotz der umlaufenden Gerüchte niemals an der strengen Folgerichtigkeit und Beständigkeit der auswärtigen Politik Frankreichs gezweifelt hätte. Ungeachtet dessen konnte ich ihm nicht verhehlen, daß sein Vorgänger in einigen wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. in Sachen des Vierer-Syndikates, unsere Interessen vernachlässigt habe. Ich erinnerte ihn daran, daß hier gerade vor einem Jahre viel von einer ungenügenden praktischen Anwendung des russisch-französischen Bündnisses geredet wurde. Seit jener Zeit habe Rußland Frankreich einen klaren Beweis seiner Bereitschaft zur bedingungslosen Unterstützung gegeben. Es sei zu hoffen, daß auch die französische Regierung unter der Leitung des H. Poincaré ein gleiches Verhältnis zu Rußland in den dasselbe interessierenden Angelegenheiten zeigen werde. Dabei benutzte ich die Gelegenheit, um H. Poincaré mit den in Ihrem Telegramm Nr. 2267 dargelegten Ansichten bekannt zu machen. H. Poincaré antwortete mir, daß er bisher nicht dazu gekommen sei, sich auch nur flüchtig mit den Angelegenheiten seines Ministeriums bekannt zu machen, und er versprach mir, Ihren Vorschlag ernsthaft in Erwägung zu ziehen und mir möglichst bald eine Antwort zu geben. Dabei drückte er aber persönlich seine Befürchtung aus, daß die von Ihnen vorgeschlagene gemeinsame Rolle Frankreichs und Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen, d. h. gleich nach der Unterzeichnung des französisch-deutschen Vertrages und nach dem Zwischenfall in der Senatskommission, eine irrige Beurteilung des Grades der politischen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland sowie der Festigkeit des Dreiverbandes hervorrufen könnte.

Morgen wird bei H. Poincaré der erste diplomatische Empfang stattfinden, und ich hoffe, dann eine bestimmte Antwort auf Ihren Vorschlag zu erhalten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 4

Paris, den 4./17. Januar 1912

Poincaré bestätigte mir heute, daß er aus den in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Gründen Ihren Vorschlag eines gemeinsamen Schrittes von Frankreich und Deutschland nicht annehmen könne. Er ist bereit, entweder einem Kollektivschritt aller Mächte oder auch der Idee zuzustimmen, die ausführende Rolle einer Macht zweiten Ranges, z. B. Holland, anzuvertrauen. Nach den heute hier eingetroffenen Mitteilungen Bompards bestehen für den Augenblick sehr wenig Aussichten auf Erfolg für irgendeine Einwirkung in Konstantinopel. Er hält es indessen für sehr nützlich, den Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten fortzusetzen und im voraus den „modus procedendi“ auszuarbeiten, um später die erste günstige Gelegenheit zur Vermittlung wahrnehmen zu können.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 18

Paris, den 29. Januar/11. Februar 1912

Gestern nahm der Senat nach sechstägiger Beratung das französisch-deutsche Abkommen mit einer Mehrheit von 212 gegen 42 Stimmen an. In seiner Rede sprach Poincaré mit großer Energie von der unwandelbaren Treue Frankreichs zum Bündnis mit Rußland und zur entente cordiale mit England.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 12

Paris, den 2./15. Februar 1912

Der Präsident des Ministerrats beantwortete in der letzten Woche in der Deputiertenkammer eine Interpellation, die wegen der beabsichtigten Auflegung von Obligationen der Bodenkreditbank der Insel Kuba auf dem Markt von Paris an ihn gerichtet wurde, und setzte bei dieser Gelegenheit den grundsätzlichen Standpunkt des gegenwärtigen Kabinetts in der Frage der Bedingungen für die Zulassung ausländischer Anleihen zur Notierung an der hiesigen Börse auseinander.

H. Poincaré erklärte, daß bei derartigen Angelegenheiten das nationale Interesse über das finanzielle gestellt werden müsse. Darum müsse der Finanzminister, wenn ein Ersuchen um Zulassung fremder Werte zur Kotierung in Frankreich an ihn gerichtet würde, vor allem mit dem Minister des Äußern in Verbindung treten. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich in der Folge zwischen den beiden Ressorts ergeben könnten, müßten dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Diese Erklärung des H. Poincaré unterscheidet sich wesentlich vom Standpunkt des H. Caillaux, der, wie Eure Hohe Exzellenz wissen, Finanzoperationen ähnlich der ungarischen Anleihe oder der Teilnahme Frankreichs am chinesischen Syndikat der Vier hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel der finanziellen Vorteile, die sie boten, betrachtete.

Die Änderung, die gegenwärtig in der Auffassungsweise der französischen Regierung eingetreten ist, muß unbedingt als eine für unsere politischen Interessen bedeutungsvolle und günstige bezeichnet werden.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 2./15. Februar 1912

Meinem offiziellen Bericht über die Debatte im Senat wegen des französisch-deutschen Übereinkommens habe ich fast nichts hinzuzufügen. Im allgemeinen verliefen diese Debatten friedlicher als man erwarten konnte. Das Drama hatte sich vor deren Beginn noch in der Senatskommission abgespielt, und der Kabinettswechsel wirkte beruhigend auf die Stimmung des Senats.

Trotzdem mußte das Resultat der diplomatischen Tätigkeit der Herren Caillaux und de Selves leidenschaftliche Angriffe über sich ergehen lassen, nicht nur von den Parteien der Rechten, sondern auch von so maßgebenden Mitgliedern der republikanischen Mehrheit wie den Herren Pichon und Clémenceau. Einer der Redner der Rechten, H. Jénouvrier, sprach öffentlich von der Tribüne herunter die Anschuldigungen gegen H. Caillaux aus, die Sie bereits kennen: Dieser habe vorgeschlagen, Deutschland beim Bau der Bagdadbahn zu helfen, deutsche Werte auf dem Markt von Paris zuzulassen, Deutschland den Vorsitz in der türkischen Schuldenkommission zur Verfügung zu stellen, ihm die ganze Kongokolonie und noch eine französische Kolonie zu überlassen und zu guter Letzt ein allge-

meines politischen Abkommen mit ihm zu treffen, zum Schaden des Bündnisses mit Rußland und der entente cordiale mit England. Diese Beschuldigungen machten infolge ihrer offenbaren Übertreibung keinen besonderen Eindruck, und der Senat verwarf den Vorschlag, eine besondere Kommission mit der Untersuchung der Handlungen des H. Caillaux zu betrauen. Die mit großer Ungeduld erwartete Rede des H. Clémenceau, die die patriotischen Leidenschaften im Senat anzufachen versuchte, hatte ebenfalls keinen großen Erfolg.

Im Gegensatz dazu machte die mit glänzender Logik und dabei mit vollkommener Ruhe und Unparteilichkeit vorgebrachte Verteidigung des Vertrags durch H. Poincaré auf den Senat einen überaus wohlthuenden Eindruck. H. Poincaré betonte mit besonderem Nachdruck, daß, entgegen den umlaufenden Gerüchten, der Vertrag mit Deutschland nicht die leiseste Änderung in der allgemeinen Richtung der Außenpolitik Frankreichs verursachen könne. Als Antwort auf die Beschuldigungen gegen seinen Vorgänger erklärte er, daß das Bündnis mit Rußland und die entente cordiale mit England unantastbare Grundsätze des politischen Programms Frankreichs seien, und daß, wenn jemals eine Regierung so blind sein sollte, sich von diesen Grundsätzen loszusagen, sie sofort unter der Entrüstung der öffentlichen Meinung zusammenbrechen müsse. Diese Worte gingen in lauten Beifallsbezeugungen unter und begegneten der lebhaftesten Sympathie bei der gesamten französischen Presse.

Die Abstimmung im Senat hat die mehr als sieben Monate dauernde marokkanische Krise formell beendet. Trotz der leidenschaftlichen Angriffe, die in den beiden Kammern, in der Öffentlichkeit und der Presse gegen den Vertrag vom 4. November zu vernehmen waren, scheint mir dieser doch sehr vorteilhaft für Frankreich zu sein. Die Erklärung seiner Gegner, er enthalte Keime für neue zukünftige Verwicklungen mit Deutschland, ist wohl kaum von großer Bedeutung. Denn das kann man schließlich von jedem internationalen Vertrag behaupten, und die Innehaltung jedes Vertrages hängt vor allem von dieser oder jener Stimmung der Parteien ab. Für Frankreich ist es vor allem wichtig, daß es in dieser Angelegenheit mit Hilfe seiner Verbündeten und Freunde nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Erfolg davongetragen hat.

In dieser Beziehung besteht ein vollkommener Gegensatz zwischen den Krisen von 1905 und 1911. Ich entsinne mich aus diesem Anlaß, daß kurz nach Algeciras Kaiser Wilhelm in einer Unterhaltung mit mir folgenden Gedanken äußerte, der mich sehr in Erstaunen versetzte: „Die elsäß-lothringische Frage ist endgültig liquidiert: Frankreich hat das ihm angebotene Duell zurückgewiesen und sich damit förmlich und bedingungslos allen Folgen des Frank-

furter Friedens unterworfen.“ Jetzt, nach den Ereignissen des letzten Sommers, wird Kaiser Wilhelm diese Ansicht zurücknehmen müssen, denn, wie ich Ihnen mehrfach schrieb, Frankreich hat seinen unerschütterlichen Entschluß bewiesen, nötigenfalls nicht vor der Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit bewaffneter Hand zurückzuschrecken. Diese Stimmung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden, die gelegentlich der Diskussion über den Vertrag in beiden Kammern gehalten wurden, und man wird unstreitig mit ihr bei der Lösung neuer Mißverständnisse, die mit Deutschland entstehen können, rechnen müssen. Ich weiß aus ganz sicheren Quellen, daß man, trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrise, in hiesigen militärischen Kreisen neue internationale Verwicklungen zum Frühling erwartet, und daß das Kriegsministerium seine Vorbereitungen für militärische Operationen in nächster Zukunft eifrig fortsetzt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 16./29. Februar 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

In meinem offiziellen Brief hinsichtlich Ihres Vermittlungsplanes habe ich die Unzufriedenheit des H. Poincaré, die dieser mir wegen der gleichzeitigen Bekanntgabe des besagten Projekts in Paris, Berlin und Wien ausdrückte, etwas gemildert. Ich kann Ihnen aber nicht verbergen, daß in dem Ton seiner Rede eine unbestreitbare Gereiztheit durchklang, und daß er mehrmals und mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit zurückkam, in ähnlichen Fällen vorher eine Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen Paris und St. Petersburg festzustellen. In der gleichen Sache fragte H. Poincaré mich mehrmals, was ich von dem Meinungs-austausch zwischen Ihnen und dem Wiener Kabinett (der nach den Zeitungen und anderen ihm zur Verfügung stehenden Quellen stattgefunden haben soll) über die Balkanangelegenheiten wisse. Er erinnerte mich noch einmal daran, daß er jeden Augenblick bereit sei, in eine Besprechung über diese Angelegenheit mit uns einzutreten, und gab mir zu verstehen, daß er von unserer Seite die gleiche Information über unsere Besprechungen mit Wien erwarte, wie er sie von dem Londoner Kabinett nach der Berliner Reise Lord Haldanes erhalten habe. Ich schreibe Ihnen dies alles ganz offen, denn es

scheint mir sehr wichtig für uns zu sein, uns die Absichten, deren H. Poincaré mich bei seinem Amtsantritt versicherte, zu erhalten und sie zu stärken.

Der gegenwärtige Ministerpräsident und Minister des Äußeren ist eine sehr bedeutende Persönlichkeit, und sein Kabinett erscheint als das stärkste, das seit einer Reihe von Jahren anzutreffen war. So unfruchtbar es zur Zeit des H. Cruppi und des H. de Selves war, mit Frankreich von Fragen der allgemeinen Politik zu sprechen, so nützlich und sogar notwendig sind ähnliche Unterhandlungen bei der augenblicklichen Zusammensetzung der französischen Regierung. Soweit es mir zu bemerken möglich war, ist H. Poincaré außerdem bei all seinen großen Vorzügen außerordentlich ehrgeizig und sehr empfindlich für jede Vernachlässigung, die man in seinen Augen seinen Ansichten oder seiner Mitwirkung widerfahren läßt. Infolgedessen finden sehr merkliche Reibungen zwischen ihm und Tittoni statt. Was mich anbelangt, so bezeugt er mir großes Entgegenkommen und läßt den deutlichen Wunsch herausfühlen, mit mir möglichst häufige und ausführliche Besprechungen zu pflegen. Dabei bin ich manchmal über viele Fragen, die brennendsten nicht ausgeschlossen, ohne die geringste Information, was mich ihm gegenüber in eine schwierige und sogar lächerliche Lage bringt. So habe ich zum Beispiel seit Beginn der neuesten kretischen Verwicklungen von St. Petersburg buchstäblich keinerlei Mitteilungen erhalten, ich weiß absolut nichts von den Besprechungen, die zwischen den Schutzmächten stattgefunden haben und noch stattfinden; ich weiß sogar nicht einmal etwas von dem durch Sir E. Grey vorgeschlagenen und in St. Petersburg anscheinend angenommenen Aktionsprogramm. H. Poincaré kommt dauernd auf diese Angelegenheit zurück, befragt mich um meine Ansicht, und ich muß ihm sagen, daß ich über den Standpunkt der russischen Regierung absolut nicht unterrichtet bin. Wenn man bedenkt, daß H. Georges Louis nicht immer das, was man ihm in St. Petersburg sagt, ganz genau übermittelt, so verstehe ich nicht, warum Sie es vorziehen, mit Paris über diese Angelegenheit lieber durch seine Vermittlung statt durch die meinige zu verhandeln. Zum Schluß muß ich Ihnen folgende unwahrscheinlich klingende, aber authentische Geschichte mitteilen:

Eine gewisse Comtesse de Clermont-Tonnerre kommt eben von Persien nach Paris zurück; sie hat den Ex-Schah, oder richtiger dessen Bruder, den Prinzen Salar, auf seinem Feldzug begleitet. Diese Dame, die hier wegen ihrer Exzentrizität und verschiedener exotischer Abenteuer bekannt ist, ist anscheinend vollständig von der Idee der Wiedereinsetzung Mohammed Alis oder, nach einer anderen Version, des Prinzen Salar auf den Thron besessen und hat sich während der letzten Ereignisse beständig im Lager des letzt-

genannten aufgehalten. Sie versichert, sie habe dem Ex-Schah 400 000 Franken geliehen, die sie durch Verpfändung ihres Pariser Hauses erhalten habe. (Die Comtesse de Clermont-Tonnerre war an einen bekannten Champagnerfabrikanten, den Grafen Chandon de Biailles, verheiratet, wurde aber geschieden und nahm wieder ihren Mädchennamen an). Ich habe sie persönlich nicht kennengelernt, aber sie verkehrt viel bei mehreren Personen meines Bekanntenkreises, in deren Salons sie Propaganda für die Wiedereinsetzung des Ex-Schahs macht. So ist das Rätsel gelöst, woher der Ex-Schah sich für den Beginn seiner Expedition Geld verschaffen konnte.

Ich freue mich herzlich über die hier einlaufenden Nachrichten von Ihrem Wohlbefinden. Gott gebe Ihnen Kraft zur Fortsetzung Ihrer schweren Arbeit!

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 19

Paris, den 1./14. März 1912

Die französische Deputiertenkammer hat mit der Aussprache über die auswärtige Politik begonnen und ihr die Freitagssitzungen gewidmet. Indessen haben diese Debatten angesichts der noch andauernden Besprechungen mit Spanien über die Marokkoangelegenheit mehr einen retrospektiven Charakter und berühren noch nicht direkt die Politik des gegenwärtigen Kabinetts.

Nur der Führer der Sozialisten, H. Jaurès, versuchte am vorigen Freitag einen indirekten Schlag gegen das Ministerium Poincaré, indem er zwei Mitglieder, die Herren Delcassé und Briand, wegen ihrer früheren Tätigkeit in einer langen Rede über die Marokkofrage angriff.

Jaurès begann seine Darlegungen mit der Zeit vor 1904, als H. Delcassé Minister des Äußern war. Er beschuldigte ihn, eine chauvinistische Politik betrieben zu haben, die beinahe Frankreich wegen Marokko mit England entzweit hätte, und die sich dann gegen Deutschland gerichtet habe und die eigentliche Ursache für alle folgenden Krisen und Schwierigkeiten gewesen sei. Jaurès kam dann auf H. Clemenceau zu sprechen, der in seiner kürzlich gehaltenen Senatsrede die französisch-deutsche Verständigung von 1911 ein „Abenteuer“ nannte, und drückte sein Erstaunen darüber aus, denn seiner Meinung nach sei es gerade H. Clemenceau gewesen, der seinerzeit Frankreich in das Marokkoabenteuer verwickelt habe, indem er französische Truppen dorthin gesandt und dem Sultan An-

leihen verschafft habe. Aber noch unbarmherziger ging Jaurès dem früheren Minister des Äußern, H. Pichon, zu Leibe, der gleichfalls unlängst das Kabinett Caillaux beschuldigte, es habe den Boden des französisch-deutschen Abkommens von 1909 verlassen und so Deutschland die Möglichkeit gegeben, Kompensationen außerhalb von Marokko zu erlangen. H. Jaurès bewies nicht ohne Erfolg, daß, wenn man gerecht urteilen wolle, die Initiative in dieser Angelegenheit von H. Pichon ausgegangen sei, der der Möglichkeit beraubt gewesen sei, die im Vertrag von 1909 vorgesehene wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland in Marokko selbst durchzuführen, und als erster sich gezwungen gesehen habe, die Angelegenheit auf das Kongogebiet zu übertragen. Die damalige Gründung der berüchtigten Kolonialgesellschaft „N'Goko Sangha“ zur Ausbeutung der Bodenschätze Marokkos und des Kongogebiets sei ein Beweis dafür.

Der Redner überschüttete sowohl H. Pichon als auch den Ex-Minister H. Briand mit Vorwürfen, weil beide, obwohl sie gewußt hätten, daß Deutschland die Bestätigung des Vertrages mit dem vorgenannten Syndikat durch die französische Regierung als eine absolute Vorbedingung des Abkommens von 1909 ansehe, weder die parlamentarische Kommission noch das ihnen folgende Kabinett Monis hiervon unterrichtet hätten. Gerade das habe zur Folge gehabt, daß das Kabinett Monis der Gesellschaft die Konzession verweigert habe.

Der Ministerpräsident H. Poincaré unterbrach den Redner an dieser Stelle und verlas einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der parlamentarischen Kommission vom 14. Dezember 1910, aus dem hervorging, daß H. Briand seinerzeit den Zusammenhang zwischen dem Unternehmen „N'Goko Sangha“ und dem Vertrag von 1909 erwähnte. H. Jaurès wiederholte darauf die schon bekannten Enthüllungen über die Beteiligung gewisser hinter den Kulissen tätiger Geschäftsleute an verschiedenen politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen und Unternehmungen, wie der Herren Fonder und Tardieu, des politischen Redakteurs des „Temps“. Seiner Ansicht nach war die Geste Deutschlands in Agadir, bei all ihrer Unverfrorenheit, nur die logische Folge der Enttäuschung, die Deutschland wegen dieses Gewebes von verdächtigen und geheimnisvollen Intrigen empfand.

Wenn durch ein Unglück zu dieser Zeit ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausgebrochen wäre und das französische Volk sich in den Kampf gestürzt hätte in der Meinung, die Ehre der Nation sei angegriffen, so hätten Millionen seiner Söhne sich davon überzeugen müssen, daß sie nur für die Interessen einiger weniger ebenso habgieriger wie unfähiger Geschäftsleute in den Tod gingen.

Die Rede des H. Jaurès machte unstreitig einen gewissen Eindruck auf die Abgeordneten. Er brach sie bei dem Zwischenfall von Agadir ab und erklärte, er werde erst dann fortfahren, wenn er Erklärungen über die im ersten Teil seiner Rede behandelten Fragen erhalten hätte. Morgen erwartet man in der Kammer mit lebhaftem Interesse die Entgegnungen des H. Briand zu seiner Rechtfertigung gegenüber den Anschuldigungen des H. Jaurès.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 20

Paris, den 1./14. März 1912

Im Laufe der letzten Zeit hatte ich mehr als einmal Gelegenheit, in meinen Berichten und Briefen an Eure Hohe Exzellenz auf den unter dem Einfluß der jüngsten außenpolitischen Krise in weiten Kreisen des französischen Volkes zutage tretenden Aufschwung des Nationalgefühls und besonders auf die Belebung des Interesses an der Militärmacht des Landes hinzuweisen. Diese Bewegung ist unter anderem durch den glänzenden Erfolg bestätigt, den die nationale Subskription zum Ankauf von Flugzeugen für die Armee hatte, die kürzlich auf Anregung des „Matin“ inszeniert wurde. Sie hat in weniger als zwei Wochen mehr als anderthalb Millionen Franken eingebracht. Der Zweck der Subskription ist, Frankreich um jeden Preis seinen Vorrang über Deutschland im militärischen Flugwesen zu erhalten, und zwar unabhängig von den materiellen Hilfsquellen, die zu diesem Zweck aus Staatsmitteln bewilligt werden könnten.

Ohne Zweifel ist dem neuen Kriegsminister, H. Millerand, ein großes Verdienst um die Belebung des öffentlichen Interesses für die Armee zuzuschreiben. Unter anderem hat er schroff mit den Traditionen gewisser Vorgänger gebrochen, deren Handlungen manchmal Mißtrauen gegen die Armee und ihre Leitung verrieten.

Ich hatte bereits Gelegenheit, dem Kaiserlichen Ministerium von der Abschaffung des Systems der geheimen Listen über die politische Zuverlässigkeit der Offiziere Mitteilung zu machen.

Seither hat es H. Millerand gleichfalls für richtig gehalten, einige militärische Traditionen, die längere Zeit nicht mehr beachtet wurden, wieder aufleben zu lassen, so zum Beispiel die Zeremonie des Sonnabend-Zapfenstreiches, die jetzt einen großen Teil der hauptstädtischen Bevölkerung herbeilockt.

Endlich fand am vorigen Sonntag zum erstenmal nach langer Pause wieder die Frühlingsparade der Pariser Garnison auf dem Felde von Vincennes statt. An diesem Tage zeigten sich die Pariser Straßen vom frühen Morgen an außergewöhnlich belebt. Nicht nur alle Verkehrsmöglichkeiten nach dem Ort der Truppenschau waren von der Bevölkerung vollkommen besetzt, sondern eine große Menschenmenge begleitete zu Fuß, nationale Lieder singend, die Regimenter nach Vincennes. Diese letzteren hatten die Felduniform angelegt und waren feldmäßig ausgerüstet, was dem Ganzen einen besonders eindrucksvollen kriegerischen Anstrich gab. Die Parade selbst wich auch etwas von dem gewöhnlichen Programm ab. Nach dem Vorbeimarsch formierte sich die gesamte Infanterie und unternahm einen Scheinangriff gegen die Tribünen, was auf alle Zuschauer tiefen Eindruck machte. Eine Kavallerieattacke beendete die Parade, während der mehrere Flugzeuge und zwei lenkbare Luftschiffe das Feld überflogen. Während des ganzen Tages waren die Truppen Gegenstand der wärmsten Ovationen von seiten der Bevölkerung, die sich an Zahl etwa eine Million stark in Vincennes eingefunden hatte. Der Ruf: „Es lebe die Armee!“ begleitete die Truppen bis in die Kasernen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski